

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Alltäglicher Rassismus

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

„Schwarze brennen eben mal länger“, lautete der Kommentar eines Polizeioberrats der ehemaligen Polizeidirektion Halle einen Monat nachdem der Asylsuchende Qury Jalloh Anfang Januar 2005 gefesselt und qualvoll in einer Dessauer Polizeizelle verbrannt war. Offensichtlich war sich der Polizeibeamte sicher, dass sein Umfeld – hochrangige PolizistInnen aus ganz Sachsen-Anhalt – eine derartig rassistische Bemerkung mindestens tolerieren würde.

Tatsächlich kritisierte nur ein einziger der BeamtInnen bei der „Führungskräftebesprechung“ die Bemerkung und beschwerte sich beim damaligen Hallenser Polizeipräsidenten. Der gab den Fall an die Staatsanwaltschaft Halle weiter, die nur eine Woche später ein Ermittlungsverfahren einstellte. Ein Disziplinarverfahren endete knapp zwei Jahre später – im Dezember 2006 – mit der niedrigst möglichen Disziplinarstrafe: einem Verweis. Der Polizist hingegen, der den Vorfall gemeldet und damit gegen den Korps-

geist der Polizei verstoßen hatte, wurde gemobbt, bis er um seine Versetzung bat.

Die rassistische Bemerkung zum Tod Jallohs, die erst im Untersuchungsausschuss des Landtags öffentlich wurde, ist nur eines von vielen Beispielen für alltäglichen Rassismus – den Schwerpunkt dieser „informationen“. Im Interview schildert Anja Treichel vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften sehr greifbar dessen Auswirkungen im Alltag vieler Familien. Mit alltäglichem Rassismus und der entsprechenden Missachtung von Erfahrungen, Wünschen und Wahrnehmungen der Betroffenen sind Schwarze Deutsche, Flüchtlinge und MigrantInnen sowie ausländische Studierende aber auch bei der Justiz konfrontiert: ein Beispiel hierfür findet sich in diesem Heft in der Rubrik „Vor Gericht“.

Alltäglichem Rassismus erleben viele Betroffene auch bei Behördengängen und -anträgen. Sei es, dass ihre Anzeige wegen

rassistischer Beleidigungen oder Gewalttaten von PolizeibeamtInnen nicht aufgenommen wird. Oder dass ihre Herkunft – wie derzeit in vielen Fällen irakischer Flüchtlinge – pauschal angezweifelt wird, um ihnen einen festen Aufenthalt zu verweigern. Aber auch der Entzug der Gewerbe genehmigung bei missliebigen Verhalten, jüngstes Beispiel: Die Weigerung des Gewerbebeamten Dessau, Mouctar Bar, einem engagiertem Aktivist in der Initiative zum Gedenken an Oury Jallohs, die entzogene Gewerbe genehmigung für seinen Telefonladen wieder zu erteilen.

Einzugreifen, bei rassistischen Bemerkungen nicht zu schweigen und sich an die Seite der (potenziell) von alltäglichen Rassismus Betroffenen zu stellen, gehört zu den notwendigsten Voraussetzungen, damit MigrantInnen, Schwarze Deutsche und Flüchtlinge sich im Alltag sicher bewegen können. Darin werden sie von der Mobilen Opferberatung unterstützt. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13
oder 0151/53 31 88 24
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

5. Januar/Magdeburg

Ein Migrant aus der Elfenbeinküste wird von vier Rechten in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Kastanienstraße gejagt. Dem Betroffenen gelingt es zunächst, vor den Angreifern in einen türkischen Imbiss zu flüchten. Als er dort weggeschickt wird, holen ihn die Angreifer ein und schlagen ihn u.a. ins Gesicht. Schließlich kommen dem Betroffenen einige afrikanische Migranten zur Hilfe.

17. Januar/Halle

Ein 18-Jähriger wird von drei Neonazis vor einer Schule zusammengeschlagen. Der Schüler hatte dagegen protestiert, dass die Neonazis die NPD-Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ und eine sogenannte Schulhof-CD der NPD mit Neonazimusik an seiner Schule verteilten.

18. Januar/Dessau

Kurz vor 21 Uhr werden fünf alternative Jugendliche in Dessau-Nord von zehn vermummten Rechten mit Schlagstöcken angegriffen. Zwei der Betroffenen werden so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Vor Gericht:

„Hassblicke? – Das gibt es nicht“

Wenn Opfer von Rechten sich mit Worten wehren, dann gießen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Stendal Öl ins Feuer, verhalten sich „dummdreist“ und seien „damit viel gefährlicher als die rechten Gewalttäter selbst“. Mit dieser These versuchte die Staatsanwaltschaft zu Jahresanfang zu ergründen, wie es zu einem rechten Angriff nach dem Hansefest 2007 in Gardelegen gekommen ist. Ganz nebenbei entsorgte der Stendaler Staatsanwalt „aggressive Hassblicke“, wie sie von einem Zeugen geschildert wurden, in das Reich der Fabel. So etwas wie „Hassblicke“ seien für ihn nicht vorstellbar – der Zeuge damit unglaubwürdig.

An zwei Verhandlungstagen, am 28. Januar und am 4. Februar, wurden vor dem Schöffengericht in Gardelegen mehrere Körperverletzungen eines 23-jährigen Rechten aus der Kleinstadt verhandelt. Dabei ging es vor allem um einen Angriff nach dem Hansefest am 5. August 2007. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, grundlos frühmorgens vor einer Diskothek auf eine Gruppe von erkennbar linken und alternativen Jugendlichen und jungen Erwachsenen losgegangen zu sein und mehrere von ihnen geschlagen und gestoßen zu haben. Die Bilanz der kurzen, aber heftigen Auseinandersetzung: Drei Verletzte, von denen sich zwei ärztlich behandeln lassen mussten.

Ein Angreifer, der schwer zu bändigen war

„Der war wie ein Pitbull, der aus dem Keller gelassen wurde“, schilderte ein Zeuge die aggressive Haltung des Angreifers. Dieser hatte einen 24-jährigen Studenten gepackt und mehrfach geschlagen. Der Angreifer konnte durch seine beiden Begleiter und durch Bekannte des Studenten von weiteren Schlägen abgehalten werden.

Der exakte Angriffsablauf konnte während der Hauptverhandlung nicht mehr im Detail rekonstruiert werden, da beinahe alle Beteiligten zur Tatzeit angetrunken waren. Übereinstimmend schilderten sie jedoch den An-

geklagten als den Hauptangreifer, der nur schwer zu bändigen gewesen und auf den Studenten sofort nach Blickkontakt losgegangen sei. Dieser ließ sich von den Schlägen allerdings nicht einschüchtern und hielt dem Angreifer entgegen, er würde so prügeln, wie früher die Nazis Juden geschlagen hätten. Darauf, so der Geschlagene, sei der Angreifer noch aggressiver geworden.

Staatsanwalt stellt Opferperspektive in Frage

Da es für die Tritte oder Stöße in den Unterleib, die der Angeklagte ihm zufügt hatte, keinen Zeugen gab, stellte das Gericht auch noch die Glaubwürdigkeit des ärztlichen Attestes in Frage. Richter und Staatsanwalt taten sich insgesamt schwer mit der Aufklärung der Tat. Wenn sie nicht mehr weiter wussten, wurden die Aussagen der attackierten Jugendlichen und Erwachsenen etwa mit Worten wie „Ihre Aussage ist doch ein Witz“ kommentiert. Und obwohl weder der rechte Angreifer noch dessen Begleiter davon gesprochen hatten, sprach die Staatsanwaltschaft von einer Provokation der Opfer, die zu dem Angriff geführt habe. „Da kommen drei Rechte des Weges und dann wird ganz, ganz erheblich provoziert, da will man ein Fass losmachen“, so versuchte der Staatsanwalt die Schuld für den Angriff beim Opfer zu suchen. Lediglich die Nebenklagevertretung verurteilte diese Wortwahl und erinnerte daran, dass Betroffene von rechter Gewalt sehr wohl wissen, was Hassblicke sind und was sie bedeuten.

Am Ende des zweiten Verhandlungstages fällt das Gericht schließlich das Urteil: Sieben Monate Freiheitsstrafe für den Angeklagten für verschiedene Körperverletzungsdelikte – aufgrund einschlägiger Vorstrafen ohne Bewährung. Das Urteil ist bislang aber nicht rechtskräftig, da es vom Angeklagten angefochten wird. Vermutlich wird der 23-Jährige auch beim nächsten Hansefest durch die Straßen von Gardelegen ziehen. ■

Vor Gericht:

Rassistische Tatmotivation bleibt unberücksichtigt

„Ich bitte das Gericht, mir meine Rechte zurückzugeben... Es war Rassismus, die Tat hat mein Leben sehr beeinträchtigt, ich bin mit 35 Jahren ein anderer Mensch geworden.“ Mit diesen eindringlichen Worten wandte sich Alend S. am Ende des Prozesses gegen zwei seiner Peiniger im Januar 2008 an das Amtsgericht Weißenfels. Der Angriff auf den ehemaligen Lehrer aus dem Irak, der vor mehr als sechs Jahren als Flüchtling nach Deutschland gekommen war, lag zum Zeitpunkt der Verhandlung bereits dreieinhalb Jahre zurück.

Es war am frühen Morgen des 22. August 2004, als Alend S. in der Nähe des Weißenfeler Bahnhofs Hilferufe einer Frau hörte. Er forderte den Angreifer auf, die Frau loszulassen. Daraufhin schlug der Mann ihn mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Sicherheitspersonal aus der nahe gelegenen Diskothek „Feldschlösschen“ trennte beide und ging anschließend mit dem Angreifer ins Lokal zurück. Da Alend S. nach dem Angriff sein Mobiltelefon vermisste, suchte auch er das „Feldschlösschen“ auf, wo er den Täter ansprach, aber kurz darauf vom Sicherheitsdienst rausgeworfen wurde.

Geschlampt und verschleppt

Warum dann auf einmal mehrere Personen hinter ihm her gerannt sind, ergibt für den Iraker bis heute keinen Sinn. Sie verfolgten ihn über mehrere hundert Meter und schrien dabei immer wieder „Ausländer, du Arschloch“. Auf einer Brücke holten ihn die acht bis zehn Personen ein. Sie umzingelten ihn und schlugen ihn brutal zusammen. Einer der späteren Angeklagten hielt sich dabei am Brückengeländer fest und trat dem Iraker mit voller Wucht mindestens einmal mit dem Fuß gegen den Kopf. Schwer verletzt wurde Alend S. ins Krankenhaus gebracht. Aufgrund einer inneren Kopfverletzung bestand zeitweilig Lebensgefahr. Bis heute leidet er an wiederkehrenden stechenden Kopfschmerzen.

Anstatt die Tat zügig und konsequent aufzuklären, zogen sich die schlecht geführten

Ermittlungen lange hin. So kamen etwa die rassistischen Beschimpfungen gegen Alend S. erst am letzten Verhandlungstag zur Sprache, da weder Polizei noch Gericht zuvor danach gefragt hatten. Bereits zu Beginn der Ermittlungen zeigte sich die Polizei wenig engagiert. Als der Iraker die Polizei aufforderte, den Sicherheitsdienst zu den möglichen Tatbeteiligten zu befragen, bekam er die Antwort, er solle es doch selbst tun. Auch konnte ein Zeuge bei der Polizei ohne weitere Folgen erklären, er kenne zwar die Täter, werde sie aber nicht nennen.

Zwei Ermittlungsverfahren gegen Tatverdächtige wurden eingestellt. Gegen einen weiteren Zeugen, der dem Angeklagten nach der Tat zur Flucht verhalf, wollte die Staatsanwaltschaft Halle kein Verfahren anstrengen. Bis Anklage erhoben wurde, vergingen so fast zwei Jahre. Zu einer weiteren Verzögerung kam es, weil ein erster Prozess aufgrund neuer Straftaten der Angeklagten wieder abgesetzt wurde.

Enttäuschung bleibt

Schließlich wurde die Hauptverhandlung gegen die 32 und 39 Jahre alten Männer u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung am 3. Januar 2008 vor dem Amtsgericht Weißenfels eröffnet.

Das noch nicht rechtskräftige Urteil lautet: zwei Jahre Freiheitsstrafe für den 39-jährigen Deutschen, die zu drei Jahren Bewährung ausgesetzt wurden, und drei Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe für den 32-Jährigen, der nach einem halben Jahr Strafvollzug in einer Entziehungsanstalt untergebracht wird. In der Gesamtstrafe war bei beiden eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten für den Angriff auf den Iraker enthalten. Die rassistische Motivation der Tat wurde vom Gericht nicht gewürdigt. Die Gerechtigkeit, die sich Alend S. vom Gericht erbat, blieb ihm versagt. Seine Enttäuschung darüber, dass nur zwei der Angreifer für ihre Taten büßen müssen, ist groß. Er glaubt, das Verfahren wäre anderes verlaufen, wenn er nicht Ausländer wäre. ■

24. Januar/Stendal

Nach einem Streit mit einem Mitschüler wird ein 15-jähriger schwarzer Deutscher an einer Schule von einem 19-Jährigen angegriffen. Der 19-Jährige bricht dabei das Nasenbein des Betroffenen und beleidigt ihn rassistisch.

1. Februar/Genthin

Zwei Rechte im Alter von 20 und 25 Jahren beleidigen in einem Imbiss den kurdischen Betreiber rassistisch und schlagen schließlich auf den Mann ein. Der Betroffene wehrt sich. Mit einem Dönermesser in der Hand fordert er die Angreifer zum Verlassen des Imbisses auf. Einer der beiden greift in die Klinge und schneidet sich in die Hand, als er versucht, dem Betroffenen das Messer zu entreißen.

1. Februar/Magdeburg

In einer Straßenbahn greifen vier Rechte im Alter zwischen 20 und 41 Jahren gegen 21 Uhr zwei Männer an, die laut Polizeiangaben vermutlich türkischer Herkunft waren. Die Angreifer beleidigen und schlagen ihre Opfer. Andere Fahrgäste alarmieren die Polizei.

2. Februar/Magdeburg

Ein 20-jähriger und ein 21-jähriger Rechter, die schon am Vortrag an einem Angriff auf zwei Migranten beteiligt waren, werfen nachmittags in einer Straßenbahn eine Bierflasche auf einen 32-jährigen Migranten aus Nigeria. Mehrere Fahrgäste schützten den Mann, der in Begleitung seines 2-jährigen Kindes ist, vor weiterer Gewalt durch die Angreifer.

2. Februar/Mücheln

(Saalekreis) Gegen 22 Uhr werden zwei alternative Jugendliche aus einer Gruppe von einem Dutzend Jugendlichen in der Nähe einer Bushaltestelle angegriffen. Durch Tritte und Schläge der Rechten erleiden die 17- und 21-jährigen Betroffenen so massive Verletzungen, dass sie im Krankenhaus ambulant behandelt werden müssen.

3. Februar/Dessau

Zwei alternative Jugendliche werden am Rand des Karnevals-umzugs von bekannten Neonazis angegriffen und verletzt. Beide Betroffene werden zu Boden geschlagen und aus der Gruppe der Rechten heraus am Boden liegend mit Tritten gegen den Kopfe verletzt.

Projektionen und Zuschreibungen hinterfragen

Interview mit Anja Treichel über alltäglichen Rassismus

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e.V.) vertritt seit 1972 die Interessen binationaler Familien und Paare. Er setzt sich ein für die soziale und rechtliche Gleichstellung von Menschen ungeachtet ihrer Hautfarbe oder kulturellen Herkunft. Eines der wichtigsten Anliegen des Verbands ist, die Chancen und Möglichkeiten des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft deutlich zu machen. Wir sprachen mit Anja Treichel, die in Leipzig für den iaf als Geschäftsführerin und Beraterin tätig ist.

Frau Treichel, welche Erfahrungen machen Sie und die Mitglieder ihres Verbands mit alltäglichem Rassismus und Diskriminierung?

Wir machen vielfältige Erfahrungen mit alltäglicher rassistischer Diskriminierung, auch wenn bei unserer Arbeit ja nicht alleine Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum stehen, sondern es bei uns sozusagen um die Schnittmenge geht, also um Familien, in denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenkommen. Zwar gibt es auch Fälle rechter Gewalt. Am meisten macht uns aber der Rassismus im Alltag zu schaffen. Viele beklagen einen nicht-gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt. Mit weitreichenden Folgen, denn sie fühlen sich dadurch nicht nur wegen ihrer Herkunft diskriminiert, sondern auch innerhalb der Familie. Viele kommen nicht damit zurecht, dass in dieser Situation die ganze Verantwortung für das Familieneinkommen dem deutschen Partner zufällt.

Wie wirkt sich alltäglicher Rassismus auf Kinder aus binationalen Ehen aus?

Viele biculturelle Kinder bekommen unerschwerlich mit, dass ihr nicht-deutscher Elternteil diskriminiert wird. Das führt dann zu Problemen in ihrer Identitätsfindung; oftmals lehnen sie den nicht-deutschen Elternteil ab, weigern sich mit ihm in seiner Muttersprache zu reden usw. Da geht den Kindern etwas verloren und für den Elternteil, den es betrifft, ist das sehr schmerzlich. Biculturelle Kinder bekommen auch immer diese Gretchenfrage gestellt: „Was bist'n du?“ Sie können mit dieser Frage eigentlich nichts

anfangen. Die Frage, ob sie nun „Deutscher“ oder „Ausländer“ sind, treibt lediglich ihre Umwelt um – wobei man fairer Weise sagen muss, dass dies auch für die Migrantengemeinschaften gilt. Die Diskriminierungserfahrung besteht hier also darin, dass alle sie immer einordnen wollen. Mit fatalen Konsequenzen: Wenn man sich der jeweils „richtigen“ Seite zuordnet, sind alle zufrieden, wenn man es nicht macht, sind sie sauer. Hinzukommen dann natürlich auch noch die entsprechenden Zuordnungen.

Was meinen Sie damit? Welche Erfahrungen und Beobachtungen haben Sie in diesem Zusammenhang gemacht?

Ein Beispiel: Eine Familie mit zwei Kindern, der Vater ist Deutscher, die Mutter Russin. Da der Vater berufstätig ist, kümmert sich vor allem die Mutter um die Erziehung der Kinder. Deshalb galten die Kinder in der Schule als Migranten. Als der Vater das erste Mal die Lehrerin seiner Tochter aufsuchte, war die Überraschung deshalb groß. Er wollte sich erkundigen, warum seine Töchter nur mit der Note Zwei im Fach Deutsch bewertet worden sei, und erhielt die Antwort: Aber sie ist doch keine Deutsche. Die Wahrnehmung war also, wer eine Ausländerin ist, kann nicht mit einer Eins in Deutsch benotet werden.

Aber es ist nicht nur so, dass die Migranten in diesen Partnerschaften diskriminiert werden. Oft trifft es auch den deutschen Partner, auch in seiner eigenen Herkunftsfamilien. Viele Familien – vor allem mit einem bildungsbürgerlichen Hintergrund – geben sich zwar tolerant, aber meist nach dem Motto: „Gegen Ausländer haben wir nichts, aber muss man sie deshalb gleich heiraten?“ Das wird selbstverständlich nicht so offen gesagt. Vielmehr werden andere Gründe vorgeschoben wie der soziale Status oder finanzielle Erwägungen. In der Folge ist oft zu beobachten, dass die Betroffenen mit internen Problemen einer solchen Partnerschaft alleine dasteht. Sie ziehen sich zurück, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass sie, wenn sie sich an Familienangehörige wenden, immer wieder hören, dass es doch von Anfang an klar gewesen sei, dass es dazu kommt.

Welches sind die Vorurteile, mit denen Sie bzw. Ihre Mitglieder am häufigsten konfrontiert sind?

Dass man keineN DeutscheN abbekommen habe, ist so ein Vorurteil, oder man habe einen nicht-deutschen Partner geheiratet, weil man einen äußerlichen Makel hat. Die dicken Frauen mit den orientalischen Männern ist so ein Klischee, das wir immer wieder mitbekommen. Analog dazu heißt es bei Männern, sie würden sich eine Frau aus Thailand nehmen, weil sie mit emanzipierten deutschen Frauen nichts anfangen könnten. Mir sind Paare bekannt, die sich ganz normal kennengelernt haben und wo der Mann nun berichtet, das Leben sei ein einziger Spießrutenlauf geworden. Überall werde man gemobbt, weil alle denken, die Frau sei gekauft. Überall, ob auf der Ausländerbehörde oder auf dem Arbeitsamt würde man stillschweigend davon ausgehen, dass man die Frau ausbeutet und schlägt.

Für uns ist es deshalb wichtig, von allen Seiten her diese Projektionen und Zuschreibungen zu hinterfragen. Meistens wird ja nur über Migranten als Opfergruppe gesprochen und über Deutsche als Täter. In dieses Bild passen bikulturelle Familien nicht hinein. Bei ihnen kann man weder seine Opferprojektionen noch seine Täterprojektionen eins zu eins los werden.

Einmal jährlich gibt es Integrationswochen und beinahe jede Woche ruft irgendein Politiker zu mehr Toleranz auf. Haben Sie den Eindruck, dass sich die Situation von MigrantInnen in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren verbessert hat?

Nein, die Situation hat sich nicht verbessert. Das zeigt schon alleine die Tatsache, dass der Migrantenanteil in Ostdeutschland immer weiter sinkt. Alle, denen es möglich ist, wandern ab. Es bleiben nur noch die, die hier wegen aufenthaltsrechtlichen Gründen nicht weg können, oder die, die sich hier eine berufliche Existenz aufgebaut bzw. die eine familiäre Anbindung haben. Das fügt sich natürlich in die allgemeine Abwanderungstendenz von Ost nach West ein, aber es betrifft besonders Migranten, weil sie hier mit noch größeren Problemen – vor allem auf dem Arbeitsmarkt – konfrontiert sind.

Spielen dabei auch Erfahrungen mit rechter Gewalt eine Rolle?

Rechte Gewalt wird in unserer Arbeit nicht so oft angesprochen. Es ist eher ein Tabuthema, das durch die Ohnmachtserfahrung ver-

stärkt wird: Wenn ich mich sowieso schlecht oder abgelehnt fühle, dann habe ich ein Problem, eine Gewalterfahrung öffentlich zu machen. Insofern hören wir in der Beratung wenig davon, und wenn es thematisiert wird, dann wird es in der Regel von engagierten deutschen Familienangehörigen angesprochen. Für den deutschen Partner ist es meist eine neue und unerwartete Erfahrung. Auch sind sie überrascht, welches Ausmaß rechte Gewalt hat. Und sie haben einfach nicht damit gerechnet, welche Beeinträchtigungen damit für ihr Familienleben verbunden sind. Das fängt bei ganz einfachen Dingen an, wie z.B. dem geplanten Familienurlaub in Mecklenburg-Vorpommern. Für die eine sind damit Kindheitserinnerungen verbunden, der andere verbindet damit eine bedrohliche Situation, die er meiden will.

In Magdeburg kommt es seit der Wahlkampagne von Roland Koch gegen „straffällige Jugendliche mit Migrationshintergrund“ an jedem Wochenende zu rassistischen Gewalttaten. Sehen Sie ähnliche Entwicklungen auch andernorts? Gibt es aus Ihrer Perspektive einen Zusammenhang zwischen populistischen Wahlkampagnen und dem Geschehen auf der Straße?

Da wir eher mit Leuten zu tun haben, die wegen rechtlichen oder Eheproblemen zu uns kommen, kann ich dazu direkt nichts sagen. Aber mein Eindruck ist schon, dass es hier einen Zusammenhang gibt. Was wir vor allem mitbekommen, ist Behördenrassismus. Aus meiner Wahrnehmung ist es schon so, dass es hier eine Zunahme in der letzten Zeit gab. Je nach dem wie gerade die politische Großwetterlage ist, verhalten sich auch die Bearbeiter in Ämtern und Behörden.

Welche Vorurteile und Zuschreibungen wollen und können Sie nicht mehr hören, mit denen Sie in ihrer Arbeit konfrontiert sind?

Da fallen mir einige ein, z.B. „Eure Partnerschaft geht sowieso schief, weil ihr viel zu unterschiedlich seid“ und die damit verbundene Aufwertung einer rein deutschen Ehe. Als würden deutsch-deutsche Partnerschaften alle so prima funktionieren. Oder: „Dein Partner will doch nur eine Aufenthaltserlaubnis“ bzw. „Es geht doch gar nicht um Liebe, du wirst doch nur ausgenutzt“. Was ich auch gar nicht mehr hören kann, ist, dass ein Kind, das zweisprachig aufwächst, nicht richtig Deutsch sprechen kann.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

9. Februar/Quedlinburg

Eine 19-jährige Punkerin wird gegen 8 Uhr von drei Rechten verfolgt und flüchtet sich vor weiteren Bedrohungen in eine Bäckerei. Als die alarmierte Polizei vor Ort eintrifft, zeigt einer der Rechten den sogenannten Hitlergruß.

9./10. Februar/Weißenfels

Ein 15-jähriger Punk wird gegen Mitternacht von zwei mit Rechten vollbesetzten Autos verfolgt. Die Rechten beschimpfen den Jugendlichen u.a. als „Zeckenschwein“, dann schlagen und treten sie auf ihn ein und versuchen ihn in ihr Auto zu zerren. Rädelführer des Angriffs soll ein lokaler NPD-Funktionär gewesen sein.

19. Februar/Magdeburg

Ein 23-jähriger Iraner wird aus einer Gruppe von drei betrunkenen Männern angegriffen und ins Gesicht geschlagen. Dem Betroffenen gelingt es zu fliehen. Seine Tasche, die er zurückläßt, stehlen die Angreifer.

22. Februar/Körbelitz

(Jerichower Land) Etwa 15 augenscheinlich Rechte überfallen gegen 22 Uhr – teilweise verummmt – einen Jugendtreff. Eine 20-Jährige wird nach einer verbalen Auseinandersetzung zu Fall gebracht und in die Nieren getreten.

23. Februar/Burg

(Jerichower Land) Gegen 2 Uhr wird ein 28-Jähriger vor einer Diskothek von vier bis fünf augenscheinlich Rechten angegriffen und dabei rassistisch beschimpft. Der Betroffene wird zu Boden geschlagen und am Boden liegend getreten. Mit einer Kopfplatzwunde und Prellungen muss er zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden.

24. Februar/Halle

Kurz nach Mitternacht wird ein 34-jähriger Migrant aus Eritrea an einer Straßenbahnhaltestelle von zwei Männern im Alter von 27 und 38 Jahren mehrfach ins Gesicht getreten und rassistisch beleidigt. Der Betroffene erleidet eine Platzwunde im Gesicht.

Vor Ort:

In bester Lage – Neonazis in Bernburg

Aufkleber des Frontdienst-Versands der Jungen Nationaldemokraten (JN) mit völkischen AgitProp-Versatzstücken an Laternen und Stromkästen weisen den Weg zum Bernburger Marktplatz. Lediglich die Holzverplankten Fenster und ein unscheinbares Werbeschild für einen rechten Szeneladen lassen darauf schließen, dass am Marktplatz der Kreisstadt des Salzlandkreises organisierte Neonazis Platz gefunden haben: Seit Herbst 2007 residiert hier die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD.

In der 31.000-Einwohner-Stadt, zwischen Magdeburg und Halle gelegen, sind Neonazis seit Jahren aktiv. Angriffe auf Asylsuchende und nicht-rechte Jugendliche sind immer wieder zu verzeichnen. So wurde im Juli 2006 ein Flüchtling aus Burkina Faso auf der Straße bedroht. Im Oktober und November 2006 griffen teilweise mit Sturmmasken verummmt und mit Stahlketten und Pfefferspray bewaffnete Rechte einen Treffpunkt alternativer Jugendlicher an und verletzten ihre Opfer zum Teil erheblich. Wegen dieser Angriffe müssen sich aktuell fünf Angeklagte vor dem Magdeburger Landgericht in zwei Berufungsprozessen verantworten. Ob die Angeklagten einer in Bernburg aktiven rechten Gruppe namens „White Wolves“ zuzuordnen sind, konnte bislang nicht abschließend geklärt werden.

JN-Rückzugsraum am Marktplatz

Über die Strukturen des organisierten Rechtsextremismus in der Region lässt sich hingegen ein klareres Bild zeichnen. Bereits im Mai 2006 gründete sich – als vierter von aktuell acht regionalen Gliederungen – der JN-Stützpunkt Bernburg-Staßfurt. Maßgeblicher Akteur war dabei der aus Rheinland-Pfalz zugezogene, an der örtlichen Hochschule Wirtschaftswissenschaften studierende, JN-Bundesvize und sachsen-anhaltische Landesvorsitzende, Philipp Valenta. Er ist Mitglied des Kreistags Salzlandkreis für die NPD.

Als Rückzugsraum fungiert das in der Innenstadt gelegene Haus Markt 28. Verwaltet

durch die Wohnungsgenossenschaft Bernburg e.G., gehört das Gebäude dem Bernburger Martin S. Zu seinen Mietern zählen – neben Arztpraxen und einem Copyshop – auch der von Steffen Bösenner aus Trebbichau (Fuhne) betriebene Szeneladen „Nordic Flame“. Angeschlossen an die Verkaufsräume befindet sich ein Versammlungsraum. Hier finden politische Schulungen des „Nationalen Bildungskreises“ (einer Seminarreihe für JN- und freie Aktivisten) ebenso statt wie klassische Parteiveranstaltungen und nationale Pokerturniere.

Wegschauen keine gangbare Alternative

Seit der Wahl des Wernigeröders Michael Schäfer zum Bundesvorsitzenden im Oktober 2007 ist die JN dabei, ihren Schwerpunkt nach Sachsen-Anhalt zu verlagern. Ein sichtbares Zeichen: Der Umzug der Bundesgeschäftsstelle nach Bernburg. Verstärkt wird dabei das Gebäude am Markt 28 zum Ausgangspunkt rechter Aktionen. So versuchten TeilnehmerInnen des JN-Landeskongresses im November 2007 Innenminister Holger Hövelmann (SPD) zum „Dialog“ aufzufordern. Die durch Personenschützer abgesicherte Verweigerung des Gesprächs wurde dabei von der JN als „Flucht“ des Innenministers propagandistisch umgedeutet.

Seit einer breiteren Öffentlichkeit die JN-Strukturen in der Region bekannt wurden, engagieren sich VertreterInnen der Zivilgesellschaft gegen die rechten Aktivitäten. Hervorgetreten ist dabei in den letzten Monaten besonders das im Januar 2007 gegründete „Bernburger Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt“. Nach anfänglicher Skepsis, ob eine Thematisierung des Problems nicht mehr Probleme schaffe, als löse, ist man inzwischen einig, dass Wegschauen keine gangbare Alternative darstelle. Nun will man die Bernburger BürgerInnen über die Nazistrukturen informieren. Bereits für den 11. März rief das Bündnis zu einer Demonstration gegen die JN-Bundesgeschäftsstelle und den Neonaziladen auf. ■

Die Opferberatung zieht Bilanz

Rechte Gewalt auch im Jahr 2007 auf hohem Niveau

Statistisch gesehen ereignete sich 2007 alle zwei bis drei Tage ein rechter oder rassistischer Angriff in Sachsen-Anhalt. 151 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 318 direkt Betroffenen haben die Mobile Opferberatung und die Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten im vergangenen Jahr registriert. Demgegenüber gab das Magdeburger Innenministerium lediglich 99 politisch rechts motivierten Gewalttaten für das Jahr 2007 bekannt.

In mehr als 80 Prozent der durch die Mobile Opferberatung gezählten Fälle handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Daneben fanden beispielsweise der Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Sangerhausen Anfang Januar als versuchter Mord Eingang in die Statistik der Mobilen Opferberatung, ebenso wie Fälle von rechts oder rassistisch motivierten Bedrohungen und Nötigungen. Auch drei Sachbeschädigungen mit massiven Folgen für die Betroffenen wie die Beschädigung eines Imbisswagens Anfang November in Genthin hat die Mobile Opferberatung als Gewaltstraftaten dokumentiert.

Nur ein Indikator für das Ausmaß rechter Gewalt im Land

Damit hält sich die Anzahl rechter Gewalttaten auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Denn es ist davon auszugehen, dass der Mobilen Opferberatung noch weitere rechte Gewalttaten aus 2007 bekannt werden. So hatte das Projekt zu Jahresbeginn 2007 für das Jahr 2006 178 rechte Gewaltdelikte registriert. Mittlerweile hat sich diese Zahl auf 200 erhöht. Zudem steht eine qualitative Auswertung der Fälle des Innenministeriums für 2007 noch aus.

Die registrierten Angriffe können jedoch nur ein Indikator für das Ausmaß rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt sein. Denn die Erfahrungen der Vorjahre zeigen: Von rechter Gewalt Betroffene holen sich oftmals nicht von sich aus Unterstützung oder erstatten Anzeige. Die Gründe dafür sind vielfältig: Angst vor

der Rache aus dem Umfeld der Täter, schlechte Erfahrungen mit Polizei und Justiz, Unkenntnis über die eigenen Rechte und Möglichkeiten.

Mehr als zwei Drittel der von der Mobilen Opferberatung registrierten Angriffe waren gegen alternative und nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene gerichtet, etwa ein Viertel war rassistisch motiviert und zielte auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Afrodeutsche und ausländische Studierende.

Hauptbetroffene: Alternative und Nichtrechte sowie Flüchtlinge und MigrantInnen

Verstärkt hat sich der Trend, dass AktivistInnen neonazistischer Kameradschaften und deren Umfeld am Rand von neonazistischen Aufmärschen und NPD-Kundgebungen gewaltsam gegen vermeintliche politische Gegner vorgingen. Auch Orte, an denen alternative und nicht-rechte Jugendlicher zusammenkommen, wurden gehäuft Ziel organisierter Angriffe. Beispiele hierfür waren u.a. mehrere Überfälle auf das soziokulturelle Zentrum ZORA e.V. in Halberstadt oder einen Treffpunkt alternativer Jugendlicher in Naumburg. Weitreichende Folgen haben solche rechten Hegemoniebestrebungen immer dort, wo die Betroffenen von Sicherheitsbehörden, Justiz oder KommunalpolitikerInnen alleine gelassen werden und unzureichende Ermittlungen ihre fatale Signalwirkung entfalten, wie nach dem Angriff auf Mitglieder des Theaterensembles in Halberstadt im Juni 2007.

Zu den regionalen Schwerpunkten rechter Gewalt im Jahr 2007 gehörte u.a. die Landeshauptstadt Magdeburg. Hier hat die Mobile Opferberatung 20 rechte Angriffe registriert, darunter eine Vielzahl rassistischer Gewalttaten in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen. Positiv zu bilanzieren war, dass spürbar mehr PassantInnen und Fahrgäste als in den vergangenen Jahren mutig eingriffen. Für die Verarbeitung des Erlebten ist dies ein wichtiges Signal. ■

1. März/Halberstadt

Ein Dutzend verummter Neonazis dringen gegen 22.45 Uhr auf das Gelände des soziokulturellen Zentrums Zora ein und zerstören die Eingangstür sowie ein Dutzend Fensterscheiben am Gebäude. Zudem beschädigen sie ein in der Nähe geparktes Auto. Bei dem Angriff entsteht ein Sachschaden von rund 1.500 Euro.

1./2. März/Aken

(Kreis Anhalt-Bitterfeld)

Eine Gruppe von sieben stadtbekanntes Rechten jagt gegen 2 Uhr acht alternative Jugendliche durch die Innenstadt. Zwei der Betroffenen erleiden Kopfverletzungen durch Schläge mit Bierflaschen. Ein dritter Betroffener wird am Bauch verletzt. Alle drei müssen ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Spendenaufruf

Unterstützung für zwei vietnamesische Familien nach Brandanschlag

Seit einem Brandanschlag in Bismark im Mai letzten Jahres stehen zwei vietnamesische Ladenbetreiber vor den Trümmern ihrer wirtschaftlichen Existenz. Als Tatverdächtige ermittelte die Polizei Angehörige einer rechten Clique aus dem Landkreis Stendal.

Am frühen Morgen des 1. Mai 2007 traten mehrere junge Männer aus der rechten Clique eine Schaufensterscheibe im Textilgeschäft von Ngoc C.* ein und zündeten die im Fenster ausgestellten Kleidungsstücke an. Die Flammen bereiteten sich schnell weiter aus und erfassten auch den benachbarten Imbiss von Viet P. Trotz des Lärms, den die Brandstifter verursachten und des Feuerscheins, dauerte es circa eine halbe Stunde, bis die Feuerwehr alarmiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt stand dann schon der Dachstuhl des Einkaufszentrums in Flammen, in dem sich die Geschäfte der Familienväter Ngoc C. und Viet P. befanden. Das Feuer zerstörte sieben Geschäfte vollständig und verursachte einen Schaden von insgesamt mehr als einer Million Euro.

Für den 36-jährigen Ngoc C. kam der Brandanschlag nicht völlig überraschend: Im Jahr zuvor hatten Unbekannte ein Hakenkreuz auf die Schaufensterscheibe seines Ladens

gesprüht und er wurde immer wieder rassistisch beleidigt. Bei dem benachbarten vietnamesischen Imbiss des 47-jährigen Viet P. war schon zweimal die Scheibe beschädigt worden und eine Zeit lang wurde täglich gegen die Scheibe gespuckt.

Seit neun Monaten stehen Ngoc C., Viet P. und ihre Familien nun schon vor den Trümmern ihrer Existenz. Ihre Versicherungen waren nicht für eine derart hohe Schadenssumme vorgesehen. Dementsprechend gering ist der Schadensanteil, den die Versicherungen ausgleichen. Ngoc C. bleibt auf einem Schuldenberg von etwa 40.000 Euro sitzen, bei Viet P. summieren sich die verbleibenden Schulden auf 25.000 Euro. Ihre wirtschaftlichen Existenzen sind komplett zerstört.

Ngoc C. ist nicht das erste Mal mit rassistischer Gewalt in Deutschland konfrontiert. Der ehemalige Ausbilder lebte im Sommer 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Fünfzehn Jahre ist es her, dass dort mehrere hundert Neonazis und Naziskins unter dem Beifall von rund 3.000 Schaulustigen und der lautstark gegröhlten Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer Raus“ ein Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen mit Molotow-

Cocktails in Brand setzten. Die Erinnerungen an die Pogromnächte von Rostock-Lichtenhagen begleiten Ngoc C. bis heute.

Aufgrund der hohen Schadenssumme und der Vielzahl von geschädigten Versicherungen ist es wenig wahrscheinlich, dass die Betroffenen jemals einen finanziellen Ausgleich von den Brandstiftern erhalten werden. Bisher eingegangene Spenden verschiedener Organisationen, unter anderem der Bismarker Kirchengemeinde, reichen bei weitem nicht aus. Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt unterstützt die Betroffenen und bittet um Spenden an den „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalttaten“ Stichwort „Bismark“, damit die Familien ihre durch die Brandstiftung ruinierten wirtschaftlichen Existenzen wieder aufbauen können. Die gespendeten Gelder kommen vollständig den betroffenen Familien zugute.

* (Namen geändert)

Spendenkonto Opferfonds

Kontoinhaber: Miteinander e.V.

Konto-Nr.: 53 53 53

BLZ: 810 205 00

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Verwendungszweck: Bismark

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der Opferfonds bei Miteinander e.V. zur Verfügung. Anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 wurde der „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“ ins Leben gerufen. Seitdem erhielten über einhundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:

Miteinander e.V.

Stichwort: Opferfonds

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Wohlfühlheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert von:



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung

Ministerium für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Förderung von Beratungsnetzwerken –
Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus